

Haushaltsrede zum Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Geiger,
Eingangs meiner Haushaltsrede wäre an und für sich Herr Oberbürgermeister Ewald zu nennen, aber er ist ja leider erkrankt. Die CDU-Fraktion bittet daher Sie, Herr Geiger, dass sie ihm unsere besten Genesungswünsche überbringen.

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, denen ich an dieser Stelle für die geleistete Arbeit danken möchte, hervorheben darf ich Herrn Sonntag und sein Team, der Sie mit ihrem ersten Haushalt ein grundsätzlich solides Zahlenwerk präsentiert haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Vorwegschicken möchte ich, dass die CDU Fraktion dem Haushalt 2015 zustimmen wird, Anträge werden wir allenfalls in Form eines Prüfantrags stellen. Ich komme darauf später noch zu sprechen

Damit könnte man meinen, alles ist gesagt, dem ist jedoch mitnichten so. Die CDU Fraktion hat sich mit diesem Haushalt sehr intensiv auseinandergesetzt und ich bitte Sie mich zu begleiten, auf einem Parforceritt durch den Haushaltsplan, wobei ich mich an dem Aufbau des Entwurfs orientiere:

I. Gesamtüberblick:

Es ist festzustellen, dass unser Haushaltsvolumen von 52 Mill. € im Jahre 2012 auf nunmehr über 60 Mill. € angewachsen ist. Das ist beachtlich.

Gestatten Sie mir aber zunächst, die in diesen Tagen immer wieder zu hörende Aussage, wir kommen dabei ohne neue Schulden aus, in ein etwas richtigeres bzw. stimmigeres Licht zu rücken. Wir kommen ohne neue Schulden aus, weil wir ohne neue Schulden auskommen müssen. Das Regierungspräsidium Tübingen, das als Rechtsaufsichtsbehörde unseren Haushalt genehmigen muss, hat bereits zum Haushalt 2013 folgendes angemerkt:

„ Die Aufnahme weiterer Kredite wird das Regierungspräsidium unter Berücksichtigung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt ggf. sehr sorgfältig zu prüfen haben“, das war die gelbe Karte, beim nächsten Mal und einem weiter so hätte es die rote Karte gezeigt und die Genehmigung des Haushalts wäre ernsthaft gefährdet gewesen.

Denn unsere Gesamtverschuldung beträgt nach wie vor fast 36 Mill. €. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

- **im Kernhaushalt 21.030.000**
Geplant ist ein Schuldenabbau um gerade mal 21.000 € auf 21.009.000 Mill. €. Das ist kein Vorwurf an die Verantwortlichen, sondern nur die Feststellung, dass einfach nicht mehr Potential da ist und auch eine Warnung für all diejenigen, die sich immer sehr ausgabefreudig zeigen, wenn es um Steuergelder geht.
- Aus den **Eigenbetrieben Abwasser und KuKO kommen noch einmal 12 Mill. bzw. 1,8 Mill. € dazu**. Während wir beim Abwasser auf dem richtigen Weg sind, hier sollen 900.000 € abgebaut werden, benötigt das KuKo Finanzierungsmittel von 1,37 Mill. €

- Weiter haben wir noch **Kassenkredite in Höhe von 1 Mill. €** die unter Ihnen Herr Sonntag erfreulicher Weise zurückgeführt wurden, da vor Ihnen mit diesen Krediten, deren Volumen dereinst 18 Millionen € betrug, laut GPA – Bericht unter Verstoß gegen die Gemeindehaushaltsverordnung die privatwirtschaftlich verursachten Verluste der 14 Nothelfer GmbH ausgeglichen wurden.

Was bedeutet das für jeden Weingärtner und jede Weingärtnerin ?

Das ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von 886 € ohne Eigenbetriebe und von 1542 € mit Eigenbetrieben. Der Landesdurchschnitt beträgt ohne Eigenbetriebe 463 € also etwas mehr als die Hälfte, mit Eigenbetriebe 1.324 €, also immerhin ca. 15 % weniger. Um diesen Durchschnittswert zu erreichen, werden wir nach der 5jährigen Finanzplanung auch die nächsten 5 Jahre keine neuen Schulden aufnehmen dürfen.

Daraus folgen aber noch gewichtigere Aussagen, wie es um unsere Stadt, was die Zukunftsgestaltung anbelangt, bestellt ist. Bei einer freien Spitze von 1,3 Millionen (eigentlich wäre das Investitionsvolumen für eine Stadt in dieser Größenordnung bei ca. 8 Millionen anzusiedeln). Wir werden **Gesamtinvestitionen von 168 € pro Einwohner vornehmen. Damit nimmt Weingarten von 98 großen Kreisstädten Platz 88 ein ist also bei den letzten 10 angelangt.** Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist damit als schwach einzustufen

Wir sind daher auch auf die Eröffnungsbilanz bei der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts (Doppik) gespannt. Wenn alles Vermögen der Stadt bewertet wird, wird man sehen, ob dies dann ausreichend ist, um diese Schulden abzudecken oder ob wir feststellen müssen, dass wir überschuldet sind.

Ein interessanter Vergleich erscheint mir der mit dem Haushalt des Kreises. Bei einem Haushaltsvolumen von 340 Mill. €, also über 6mal mehr als unsere Stadt, peilt dieser eine Einhaltung der Verschuldungsgrenze von 100 Mill. € an, wir haben einen 60 Millionen

Haushalt, also nur gut 1/6 des Kreises, haben aber mehr als ein Drittel so hohe Schulden wie der Kreis.

II.

Ich werde jetzt im Einzelnen zu den beiden Haushaltsteilen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt eingehen:

1.) Verwaltungshaushalt:

a) Zunächst zur Einnahmenseite

- Bei den Gesamtsteuereinnahmen von 42 Mill. € belegt Weingarten von 95 Großen Kreisstädten Platz 71, ist also von der Einnahmenseite im hinteren Drittel und somit eher finanzschwach und ist daher auf die Zuweisungen, die in erster Linie aus den Steuertöpfen des Bundes fließen, angewiesen. Diese sind derzeit reichlich gefüllt, dank einer guten Politik der erfolgreichen CDU geführten Bundesregierung.
- Als etwas zu optimistisch erscheint bei den Kommunalsteuern allerdings die geplante Gewerbesteuererinnahme von 12 Mill. € In den letzten 8 Jahren wurde die Zahl 12 Mill. € nur einmal erreicht, ansonsten waren es bis zu 3 Mill. weniger, die angefallen sind. Hier gilt das Prinzip Hoffnung. Wir vertrauen da auf Ihre Weitsicht Herr Sonntag.

Zur Einnahmenseite kann ich nur einen leitenden Beamten des Regierungspräsidiums aus dem Jahre 2013 zitieren, der folgende Aussage tätigte: „die Stadt Weingarten hat ihre Hausaufgaben auf der Einnahmenseite gemacht, auf der Ausgabenseite sind sie jedoch nach wie vor nicht erledigt“. Dieser Satz hat nach wie vor volle Gültigkeit. Bei der Einnahmenseite geht praktisch nichts mehr.

- Grundsteuer B Hebesatz 400 Punkte zum Vergleich Ravensburg 370, Baienfurt 340 ;
- Gewerbesteuer Weingarten 380, Ravensburg 350, Baienfurt 340 Punkte.

Unsere direkten Nachbarn und Mitbewerber, wenn es um private und gewerbliche Ansiedlung geht, sind also um einiges günstiger als wir. Hier ist also eher Mäßigung am Platz, zumal die Gemeinde auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ihrer Abgabepflichtigen Rücksicht nehmen muss.

Fazit: Bei der **Einnahmenseite** geht fast nichts mehr.

b) Ausgabeseite:

Hier fällt positiv auf, dass in den meisten Bereichen keine nennenswerten Steigerungsraten, was die Sachausgaben anbelangt, enthalten sind,

Umso mehr gilt es einzelne Positionen kritisch hervorzuheben, bei denen zumindest keine ausreichende Ausgabendisziplin stattfindet:

1.) Bürgerzeitung:

hier stellen wir eine Steigerung vom 83.500 auf 98.000 € fest. Fast 15.000 € mehr als im Jahr zuvor. Die Steigerung beruht ausschließlich auf einer Personalkostenerhöhung um satte 15,3 %. Seit 2012 hat uns die Einlösung eines Wahlversprechens aus dem Wahlkampf unseres Oberbürgermeisters dann 336.000 € gekostet.

Nun frage ich mich, wem dient das eigentlich?

- Den Vereinen und Vereinigungen, die sich darin präsentieren können und die Bevölkerung über ihre Arbeit informieren? Sicherlich auch, insoweit eine gelungene Sache. Verursacht das wesentliche Kosten? Diese dürften zumindest personell überschaubar sein, denn schließlich schreiben deren Redakteure unentgeltlich.

- Der Stadt, die auf diese Art und Weise amtliche Mitteilungen herausgibt? Ja, ganz gewiss, sonst müsste alles über die Schwäbische Zeitung abgedruckt werden. Geschätztes Einsparpotential aber nur ca. 17.000 €pro Jahr.
- Für was oder wen sind dann die übrigen ca. 80.000 €? Zieht man die Kosten für Druck und Vertrieb ab, so bleibt ein stattlicher Anteil für die Selbstdarstellung der Stadt und ihres obersten Repräsentanten. Es kann auch nicht angehen, wie geschehen, dass dieses Blatt dazu verwendet wird, die städtische Sicht der Dinge zu erzählen, weil man mit der inhaltlich kritischen Berichterstattung anderer Medienorgane nicht klar kommt.

Fazit: Für eine eigene städtische Prawda ist in Weingarten kein Geld da.

Wir stellen daher folgenden Prüfantrag:

Der Verwaltungsausschuss soll die Ausgabenstruktur der Bürgerzeitung überprüfen.

2.) STEP:

Um nicht falsch verstanden zu werden, wir sind für Bürgerbeteiligung, glauben aber, dass sie schneller und effizienter stattfinden muss. Seit 2012 wurden für STEP über 280.000 € ausgegeben, ohne dass irgendetwas Sehenswertes geschehen wäre. Mir ist jedenfalls nicht aufgefallen, dass irgendwo in der Stadt ein herausragendes Projekt von STEP sichtbar wäre. Alles was bisher ausgegeben wurde, floss in Beratungen und Veranstaltungen sowie in Personalkosten. Mit diesem Geld hätte man vieles bewegen können. Jetzt sollen 90.000 € in den Münsterplatz investiert werden, um überhaupt etwas vorweisen zu können, das man aus den Anregungen von STEP umgesetzt hat, statt damit, wie ursprünglich vorgesehen, eine Skaterbahn zu bauen.

Fazit: das hat den Anschein eines Alibiprojekts.

3.) Beratungen:

Deren Umfang hat in den letzten Jahren unwahrscheinlich zugenommen. Im Zusammenhang mit der 14-Nothelfer-Affaire waren

es schon mehr als 300.000 € dieses Jahr kommen wohl weitere 70.000 € dazu. Da frage ich mich, wer weiß da so wenig bzw. wer ist da so entscheidungsschwach und braucht daher soviel teuren Rat? Nur ein kleines Beispiel am Rande. Um festzustellen, dass wir künftig besser Fachbereiche als Ämter haben und Amtsleiter jetzt Fachbereichsleiter heißen, werden Organisationsstudien und – Beratungen in Auftrag gegeben, die von Externen für teures Geld erstellt werden mit dem Ergebnis, dass so mancher Mitarbeiter der Verwaltung sich jetzt nur noch mit seinem Namen am Telefon meldet, da er gar nicht mehr weiß, was er sonst noch hinzufügen muss.

Fazit: diese „Gutachteritis“ muss aufhören

4.) Integrationsbeauftragte:

laut Pressemeldungen gibt es das ja angeblich fast zum Nulltarif für die kommenden drei Jahre. Das Land und die Kirchen tragen den Löwenanteil von 2/3. Das stimmt in Bezug auf die Personalkosten. Mit den Sachkosten beträgt aber der Anteil der Stadt von insgesamt ca. 66.000 € über 40.000 € das sind mehr als 60 %.

Fazit: Die CDU Fraktion wird Sinn und Zweck dieser Stelle kritisch beobachten. Integration muss, wie uns das unsere Vereine, insbesondere im Sport vormachen, gelebt werden, das kann man nicht von Amts wegen verordnen oder organisieren.

5.) Personalratfreistellung 100%.

Um nicht falsch verstanden zu werden, der Personalrat als Vertretungsorgan und Sprachrohr der Mitarbeiter ist eine unerlässliche Einrichtung, hinter der die CDU Fraktion voll und ganz steht. Das gilt insbesondere für den Personalratsvorsitzenden Herrn Wagner. Bei der Verwaltung wissen wir das nicht so genau, denn diese Ausgabenposition ist unter „0815“ gebucht. Aber diese kostet uns jetzt neuerdings über 112.000 €/Jahr, da eine Freistellung des Personalrats mit 100 % jetzt gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

Fazit: Vielen Dank an die grün-rote Landesregierung, die dafür verantwortlich ist, so entlastet man die Kommunen nicht.

6.) Kinderbetreuung:

ein Anstieg um fast 800.000 € auf nunmehr insgesamt 5,16 Mill. € 2013 waren es noch unter 4 Mill. €, in zwei Jahren also 1 Mill. € mehr, mit nach wie vor steigender Tendenz.

Fazit: das Konnexitätsprinzip muss her. Wer, wie Bund und Land diese Vorgaben den Kommunen macht, möge sie bitte auch bezahlen. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

7.) Studentenwohnheim:

Dem Gemeinderat wurde die Anmietung eines Studentenwohnheims in der Scherzachstraße vorgeschlagen, Begründung: die drohende Obdachlosigkeit von Studenten/innen. Ergebnis: teilweise Leerstand seit Beginn im Jahre 2013, zwischenzeitlich über 60.000 € Verlust, allein mehr als 36.000 € drohen in 2015. Und das dicke Ende kommt noch: Laufzeit des Vertrages bis 2023, wenn das so weitergeht, bedeutet dies eine Viertel Million Euro Verlust aus diesem Geschäft.

Fazit: Panik ist ein schlechter Ratgeber

8.) Personal:

Zwei neue Stellen in der Kämmerei für die Einführung des NKHR sind unabdingbar, ebenso die Stelle für das Beteiligungsmanagement als Konsequenz der 14 Nothelfer-Katastrophe und eine Stelle für einen Feuerwehrgerätewart zur Erfüllung der Pflichtaufgabe Feuerwehr, die damit nur das bekommt, was andere Kommunen mit einer Feuerwehr dieser Größenordnung und einer solchen Aufgabenfülle schon längst haben. Das alles bewegt sich also in einem mehr oder weniger vorgegebenen Rahmen. Allerdings glauben wir nach wie vor, dass die Rückdelegation der Müllverwertung auf den Landkreis ab 2016 Chancen für einen Personalabbau im Amt für Abfallwirtschaft eröffnet, jedenfalls sieht man das in unserer südlichen Nachbarstadt so.

2.) Vermögenshaushalt:

Hier gibt es wenig spektakuläres zu vermelden, nur eines ist sicher: die erzielten 1,325 Mill. € aus Grundstücksverkäufen, es handelt sich

daher im Wesentlichen um den Rest aus dem Baugebiet Scherzachwiese/Kuenstraße, sind wohl der letzte bedeutendere Betrag, den wir auf Jahre hinaus aus dem Verkauf städtischer Grundstücke generieren können. Weitere nennenswerte Einnahmen aus Grundstückserlösen, mit denen in der Vergangenheit ein ansonsten nicht ausgeglichener Haushalt, bereinigt werden konnte sind in Zukunft nicht mehr zu erwarten, weil die Ressource städtische Grundstücke aufgebraucht ist.

Eigenbetriebe:

Die Situation unserer Eigenbetriebe habe ich schon bei meiner Gesamtbetrachtung weitestgehend beleuchtet, daher nur noch ein paar Worte zu unseren

Stadtwerke:

Nach 820.000 € und 821.000 € Verlusten in den Jahren 2013 und 2014 sind wir nunmehr bei einem Fehlbetrag von 1,2 Mill. € angelangt, den die Stadt mit über 700.000 € aus dem Kernhaushalt ausgleichen muss. Das Ganze ist einem landauf/landab gewähltem vermeintlichem besonderem finanziellen Kunstgriff geschuldet. Man nehme die verlustreichen Bäderbetriebe aus dem Kernhaushalt, stecke sie unter die Decke der Stadtwerke und gleiche sie mit deren Gewinnen, in unserem Fall den TWS-Zuweisungen aus. Nur dumm, wenn diese nicht so sprudeln wie früher, weil uns bzw. die TWS die Energiewende eben wesentlich mehr kostet als gedacht.

Diese Entwicklung betrachtet die CDU-Fraktion mit großer Sorge.

III.

Schlussbetrachtung/Ausblick:

Ohne eine wirkliche strukturelle Veränderung der städtischen Finanzen wird diese Stadt weder an Leistungsfähigkeit gewinnen noch für die Zukunft gewappnet sein.

Die ins Leben gerufene Haushaltstrukturkommission hat bisher lediglich ein Promille an Einsparungen ernsthaft erwogen, das sind ca. 60.000 €. An die Strukturen ist man bislang nicht heran gegangen: das tut man, wenn man Vorschlägen aus den Reihen der CDU Fraktion näher tritt, indem man

- **beispielsweise die Vermarktung städtischer Wohnungen** ernsthaft auf den Plan nimmt, hier leistet sich Weingarten einen Immobilienbestand von über 250 Wohneinheiten, die zudem teilweise schon jetzt, zumindest aber in den nächsten Jahren sanierungsbedürftig sind. Die Einnahmen werden dann bei weitem nicht die Ausgaben, schon gar keine angedachten Investitionen in Höhe von 800.000 € für zwei Gebäude in der Blumenau decken. Hier werden Grundstücke häufig nur extensiv genutzt, 6 Wohneinheiten auf 1000 qm Grund sind keine Seltenheit. Während andernorts in Weingarten die Nachverdichtung auf Privatgrund massiv stattfindet, lässt man städtisches Land brach liegen.
- **Die Vermarktung des Kultur- und Kongresszentrums durch Überführung an einen privaten Betreiber** vorbereitet, selbst bei einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von 500.000 € würde die Stadt pro Jahr eine halbe Million Euro sparen, in 5 Jahren wäre der städtische Anteil für den Neubau eines Feuerwehrhauses, immerhin eine Pflichtaufgabe, schon erwirtschaftet.
- Über alles zumindest einmal nachdenkt. Dazu gehört auch, dass man den Fortbestand städtischer Beteiligungen auf den Prüfstand nimmt.
- **Das tut man auch, indem man unsere Schulstandorte prüft.** Bei rückläufigen Schülerzahlen werden wir auf Dauer keine drei Grundschulstandorte benötigen. Wir haben städtische Ämter über die ganze Stadt in gemieteten Räumen verteilt: Zeppelinstraße, Heinrich-Schatz-Straße, Löwenplatz. Auf der anderen Seite gäbe es dann ein großes städtisches Gebäude (Promenadenschule), in dem wir all dies zugeben nach

Umbaukosten, die sich aber langfristig amortisieren werden, unterbringen könnten.

Alles Vorschläge aus den Reihen der CDU-Fraktion, über die bisher in den amtlichen Verlautbarungen zur Haushaltsstrukturkommission noch nichts zu hören oder lesen war, obwohl wir doch eine Bürgerzeitung haben.

Stattdessen wird man über die Waldwichtelgruppe oder die reduzierte Ferienbetreuung informiert.

Ein paar Anmerkungen dazu seien gestattet.

- Um Verwechslungen auszuschließen, der Waldkindergarten bleibt erhalten. Es geht um ein Zusatzangebot von 2x3 Stunden/Woche für 5 bis 10 Kinder, das die Stadt pro Kind 1.600 € im Jahr kostet. Den Kindern sollen Walderlebnisse vermittelt werden. Wir appellieren angesichts der schwierigen finanziellen Situation unseres Gemeinwesens an die Solidarität der Eltern dieser Kinder, dass sie ihren Kindern Walderlebnisse selbst vermitteln.
- Wir wissen um die gesellschaftlichen Veränderungen. Alleinerziehende brauchen mehr Betreuung für ihre Kinder. Das haben wir durchaus gesehen. Daher sind wir einen Kompromissweg gegangen. Die Einschränkung der Ferienbetreuung betrifft nicht die Sommerferien, wo erfahrungsgemäß der Betreuungsbedarf am größten ist, aus, die Kommission hat also Augenmaß bewiesen.
- Die Kürzungen beim Galeriebeirat, die nur noch 3 statt bisher 4 Ausstellungen zulassen. Hier schwebt der CDU-Fraktion ein eigenes Konzept für diesen Bereich der städtischen Kultur vor. Es sollte hier ein Verein gegründet werden, der über städtische Zuschüsse auch noch eigene Einnahmen generieren kann und so insgesamt diesen Teil der Kultur in unserer Stadt auf ein tragfähigeres Fundament stellt.
- Wie man in einer solchen Situation noch eine Erhöhung des Zuschusses von 12.000 auf 30.000 € verlangen kann, wie dies das Kulturzentrum Linse begehrt, ist für die CDU-Fraktion nicht mehr verständlich, das erscheint uns doch sehr unsensibel, was machbar ist und was nicht.

- Wir dürfen den Rechtsstreit zwischen der Stadt Ravensburg und der WGV nicht außer Acht lassen. Es bahnt sich eine deutlich höhere Beteiligung der Stadt Weingarten an der Kreisumlage an, die sich zwischen 800.000 bis 1.000.000 Mill. € bewegen kann. Dafür müssen wir gewappnet sein.

Wir können nur auf freiwillige Leistungen verzichten. Wir müssen froh sein, wenn wir alle Pflichtaufgaben erledigen können und unser bisheriges hohes Niveau, beispielsweise in den Schulen, den Sportanlagen nicht allzu weit abgesenkt werden muss.

Wie eingangs meiner Rede schon gesagt, so wiederhole ich es auch zum Schluss noch einmal: die CDU Fraktion stimmt dem Haushalt 2015 zwar zu, unser Optimismus ist jedoch eher verhalten. Wir haben 2015 mit dem 150jährigen Geburtstag unserer Stadt zwar ein Jubiläumsjahr, ein Jubeljahr wird es jedoch nicht werden.